

# „Eine Gratwanderung zwischen Wissenschaft und Politik, die mitunter schwierig, aber notwendig ist“

Die Wissenschaftlerin Alexandra Weiss über ihre langjährige Mitarbeit in der Gaismair-Gesellschaft und ihren Anspruch an politisches Tätigsein

Das Interview führte Sonja Prieth.

Zwölf Jahre lang, bis Ende 2011, hat die Politikwissenschaftlerin und feministische Forscherin Alexandra Weiss die Geschicke der Gaismair-Gesellschaft wesentlich mitgestaltet. Dieses Jahrbuch ist das erste, das ohne ihre Mitarbeit auskommen muss. Im Interview liefert sie eine scharfe und differenzierte Analyse der politischen Kultur (nicht nur) in Tirol. Außerdem beleuchtet sie verschiedene Dimensionen politischen Handelns, gibt Einblick in ihre persönlichen Forschungsinteressen und erklärt, welches Potenzial die Wissenschaft ihrer Ansicht nach hat – und welcher Auftrag daraus resultiert.

*Im Jahr 2000 hast du gemeinsam mit Lisa Gensluckner, Horst Schreiber und Ingrid Tschugg die Gaismair-Gesellschaft neu gegründet. Das erste Gaismair-Jahrbuch, das ihr herausgegeben habt, trug den Titel „Tirol: Gegen den Strom“. Zwölf Jahre lang hast du dich in der Gaismair-Gesellschaft engagiert und hast dabei immer wieder erlebt, was es bedeutet, gegen den Strom zu schwimmen. Wenn du nun zurückschaust: Hast du dabei besonders gut schwimmen gelernt? Hast du Sehnsucht nach einem Ufer bekommen? Und in welcher Gestalt sind die stärksten Gegenströmungen aufgetreten?*

Wir haben die Gaismair-Gesellschaft nicht wirklich neu gegründet, sondern haben sie von der VorgängerInnen-Generation übernommen. Damit haben wir natürlich auch ein Programm übernommen, dem wir uns ohnehin verpflichtet fühlten und fühlen, in den verschiedenen Feldern, in denen wir auch schon vorher tätig waren und zum Teil nach wie vor sind. Im „Gegen-den-Strom-Schwimmen“ hatten wir insofern schon eine gewisse Übung.

Was es bedeutet, eine kritische „Institution“ wie die Gaismair-Gesellschaft zu übernehmen und natürlich auch entsprechend den eigenen politischen Positionierungen neu auszurichten, ist auch in einem historischen Kontext zu sehen. Gegenüber der Gründungszeit der Gaismair-Gesellschaft im Jahr 1978 haben sich

zum einen die kritischen Gruppierungen in Tirol vervielfacht, zum anderen bekommt Kritik auch immer weniger „Antworten“ oder Reaktionen von den AdressatInnen. Als zum Beispiel in einem Gaismair-Kalender in den 1980er-Jahren für die Fristenlösung Position bezogen wurde, war das noch von heftigen politischen Reaktionen begleitet. Es führte zu einer Debatte im Landtag, ob man dieser Gesellschaft überhaupt noch öffentliche Subventionen zukommen lassen sollte. Solche Äußerungen treiben natürlich Debatten voran und ermöglichen Politisierung, auch wenn es in den Äußerungen – im konkreten Fall von Landesrat Fritz Prior – nicht um die Sache ging. Die Politik muss ja in Tirol auch heute noch nicht inhaltlich begründen, warum die Fristenlösung von 1975 nach wie vor nicht umgesetzt wird. Das ist eine „Selbstverständlichkeit“, die keiner Argumentation mehr bedarf.

*Wie wird heute auf kritische Publikationen wie die der Gaismair-Gesellschaft reagiert? Du sagst, es gibt immer weniger „Antworten“?*

Heute reagiert die Politik mit Ignoranz und Schweigen. Das mag zwar politisch-strategisch klug sein im Sinn der dominanten politischen Macht, demokratiepolitisch ist es aber katastrophal. Nicht nur weil damit demokratische Auseinandersetzung verweigert wird, sondern auch, weil es die Überheblichkeit der Macht ganz unverhohlen zeigt. Nun ist die demokratische-politische Kultur in Österreich und insbesondere in Tirol ohnehin nicht besonders stark ausgeprägt, insofern ist diese Entwicklung – die keine spezifisch tirolerische ist – eine Gefahr für demokratische Gesellschaften. Es fehlt nicht nur an der Bereitschaft zur demokratischen Auseinandersetzung, die Politik agiert so immer mehr abgekoppelt von Bevölkerung und Zivilgesellschaft. Die sinkenden Wahlbeteiligungen sind *ein* Ausdruck dessen, dass Menschen immer weniger das Gefühl haben Einfluss nehmen zu können, gehört zu werden oder mitbestimmender Teil der Gesellschaft zu sein.

*Diese Tendenz zum „politischen Schweigen“ ist ja in der Politik weit verbreitet. Warum haben PolitikerInnen deiner Ansicht nach heute so viel Angst davor, sich zu positionieren und greifbar, aber eben auch angreifbar zu sein? Oder hatten sie diese Angst immer schon, und sind nur heute dank der Entwicklungen auf dem Coaching- und Kommunikationssektor besser geschult und damit strategischer?*

Ich weiß nicht, ob es eine Angst ist, sich zu positionieren oder nicht doch vielmehr ein Unvermögen. Die großen ideologischen Differenzen zwischen den Parteien sind ja sehr abgeflacht. Das ist kein neuer Befund, man redet davon schon seit Jahrzehnten im Zusammenhang mit der Entwicklung der – ehemals – großen Parteien zu Volksparteien. Es ist aber nicht nur ein Abflachen der Positionen, sondern eher ein Verschwinden der linken, emanzipatorischen Politik und eine Anpassung an den neoliberalen Mainstream. Die Sozialdemokratie in Europa, und gerade auch in Österreich, war und ist ja Vollstreckerin neoliberaler, anti-sozialer Poli-

tik. Vielleicht war es in den 1990er-Jahren auch die Angst, mit dem untergegangenen sozialistischen Projekt in Verbindung gebracht zu werden. Heute ist der Sinn und Inhalt dieses „großen Versuchs“ – auch wenn er fehlgeschlagen ist, und das nicht erst 1989 – längst vergessen worden. Aber wenn schon keine Alternativen zu einem neoliberalen Kapitalismus mehr denkbar sind oder denkmöglich scheinen, so sollte meines Erachtens doch zumindest über seine Zivilisierung nachgedacht werden, was seit der Finanz- und Wirtschaftskrise 2008/09 mehr denn je ansteht – aber selbst das fehlt. Aber ich denke, die Sozialdemokratie bzw. ihr aktuelles politisches Personal hat kaum noch das ideologische und theoretische Repertoire zur Verfügung, das ihre Grundlagen ausmacht. Insofern nimmt es auch nicht wunder, dass man eine entsprechende Positionierung vermisst.

Die politische Kommunikation hat heute sehr viel oder immer mehr gemein mit Strategien der Public Relations oder der Werbung und das ist ja keine Form des Austauschs, sondern des „Verkaufens“. Sätze von PolitikerInnen sind meist so gestrickt, dass sie Diskussion oder das „Verhandeln“ über einen Sachverhalt gar nicht zulassen; sie sind wenig aussagekräftig, glatt und langweilig. Das wird auch durch die Logik der Medien gestützt, die weniger auf die Vermittlung von Inhalten setzt, als auf eine Aufmerksamkeitsökonomie, die sehr oft auf Skandalisierung und Boulevardisierung basiert. Es geht also auch hier mehr um „Unterhaltung“ als um Information von StaatsbürgerInnen.

*Politik reagiert ja auf kritische Initiativen wie die Gaismair-Gesellschaft auf mehreren Ebenen: Zum einen durch das schon besprochene „Ignorieren“ oder – seltener – durch Auseinandersetzung. Zum anderen, und auch das ist in dem Beispiel mit der Fristenlösung schon angeklungen, durch die Verteilung von Geldern. Wie sind diesbezüglich eure Erfahrungen?*

Die meisten Trachten-, Schützen- oder Heimkehrervereine in Tirol bekommen jährlich mehr öffentliche Subventionen als die Gaismair-Gesellschaft. Auch das ist bezeichnend für die politische Kultur in Tirol und ist Ausdruck einer demokratiepolitischen Schwäche: Verborgenen unter dem Deckmantel angeblicher budgetärer Sachzwänge werden politische GegnerInnen kleingehalten, um politischen Auseinandersetzungen aus dem Weg zu gehen. Nun haben wir uns davon nicht abhalten lassen, aber das hat natürlich seinen Preis.

*Damit sind wir wieder bei meiner Frage, ob du beim „Gegen-den-Strom-Schwimmen“ Sehnsucht nach einem Ufer bekommen hast.*

Natürlich gibt es die Sehnsucht nach einem Ufer, weil man sonst unterzugehen droht. Nun scheint es aber in Tirol so, dass die „Ufer“ sich immer wieder zurückziehen oder kaum erreichbar sind. Ich meine damit konkret die parlamentarische Linke – Sozialdemokratie und Grüne – in Tirol, zu deren politisch-kulturellem Umfeld die Gaismair-Gesellschaft zählt. Es war und ist für mich über die Jahre

immer erstaunlich, wie wenig der Wert der politischen Arbeit der Gaismair-Gesellschaft erkannt und genutzt wurde. Wir haben, wie andere zivilgesellschaftliche AkteurInnen, politische und gesellschaftliche Konflikte im Land artikuliert und politisiert und zum Teil die Aufmerksamkeit einer breiteren Öffentlichkeit dafür erreicht – nicht zuletzt mit dem Demokratiekongress, der im Jahr 2011 mit vielen anderen Vereinen organisiert wurde. Insofern haben wir immer wieder einen „Boden“ bereitet für diese parlamentarische Linke, doch dieser Boden ist überwiegend unerkannt und ungenutzt geblieben. Es gibt auch von dieser Seite eine Verengung des Blicks: Unter politischer Arbeit wird nur mehr die Verwaltung des Gegebenen und das tägliche Polit-Geschäft verstanden, ohne Visionen über Gesellschaftsgestaltung und Demokratie. Das ist auch verbunden mit einer Ignoranz gegenüber dem kritisch-intellektuellen Potenzial der Zivilgesellschaft.

Das macht die Arbeit in einem Verein wie der Gaismair-Gesellschaft schwierig, weil ein Andocken kaum möglich ist und auch hier Politik oftmals nur im Sinne der Eigeninteressen weniger FunktionärInnen betrieben wird, aber nicht in einem politisch-emanzipatorischen Sinn. Dass diese parlamentarische Linke und insbesondere die Sozialdemokratie in Tirol immer weniger den Austausch mit diesem kritisch-intellektuellen Potenzial in der Zivilgesellschaft und in der Wissenschaft sucht, ist eine für beide Seiten schlechte Entwicklung.

*Das heißt, sowohl die Konservativen als auch die Linke haben eure Arbeit ignoriert bzw. verkannt und durch magere Subventionen auch gebremst. Wie würde denn deiner Ansicht nach ein kluger Umgang der Politik mit so einem Potenzial, wie es die Gaismair-Gesellschaft darstellt, aussehen?*

Es gab ja in der Politik immer wieder Beispiele dafür, wie man die Kräfte bündeln oder Bündnisse schmieden kann, auch wenn es nur vorübergehende sind. Bruno Kreisky oder Johanna Dohnal haben zum Beispiel auf einen Austausch mit kritischen Intellektuellen, der Zivilgesellschaft oder den AktivistInnen der sozialen Bewegungen gesetzt. Es gab noch sehr viel mehr einen Wissenstransfer zwischen sozialen Bewegungen bzw. Zivilgesellschaft, Politik und Wissenschaft etwa in Form von großen Konferenzen oder Foren mit offenen Diskussionen. Aber dabei kann es natürlich nicht bleiben, die Kompetenz und Expertise von ForscherInnen und PraktikerInnen muss dann auch in die Umsetzung von Politik einfließen, sonst laufen solche Foren ins Leere. Wenn das auf der Ebene des Events stehenbleibt, ziehen sich die Menschen wieder zurück.

*Du hast am Anfang unseres Gesprächs erwähnt, dass die Aktivitäten der jetzigen und der früheren Gaismair-Gesellschaft in einem historischen Kontext gesehen werden müssen. Ich gehe davon aus, dass sich das nicht nur auf die Art und Intensität der politischen Reaktionen bezieht, sondern auch auf die Art, wie „Schreibende“ sich heute öffentlich äußern. Wie schätzt du das ein? Gibt es auch hier merkbare Veränderungen?*

Es gibt heute sicher sehr viel weniger WissenschaftlerInnen, die sich kritisch positionieren, im Gegensatz zu den 1970er- und 1980er-Jahren. Das lag damals ja sehr viel mehr im „Trend“ der Zeit, heute ist das alles andere als gefragt oder gar „karrierefördernd“. Wird Kritik geäußert, dann oft sehr verklausuliert oder auf einem Abstraktionsniveau, das für viele nicht mehr nachvollziehbar ist. Das heißt, dass sich viele zurückziehen ins Akademische und eine Anbindung an politische Praxis gar nicht mehr suchen und damit auch auf die gesellschaftspolitische Relevanz ihrer Forschung weitgehend verzichten. Das liegt auch daran, dass Universitäten heute kaum noch Orte eines kritischen Diskurses sind, sondern sich immer mehr zu – noch dazu unterfinanzierten – Ausbildungsstätten entwickeln.

Was aber auch klar gesagt werden muss, ist, dass es das für jene, die noch Kritik üben immer schwieriger macht. Wenn insbesondere jene, die sich in gesicherten und anerkannten Positionen im Wissenschaftsbetrieb befinden immer weniger den Mut finden sich positioniert zu äußern und ihre Stellung zu nutzen, dann werden jene, die das noch tun immer mehr an den Rand gedrängt – und das sind bezeichnenderweise meist gerade jene, die eher prekär arbeiten. Die werden dann zunehmend zu „Outlaws“ im Wissenschaftsbetrieb. Kritische Forschung steht dann jenseits der „Normalität“ und muss dann auch nicht mehr so ernst genommen werden. Das sind Fragen gesellschaftlicher Verantwortung sowie der Solidarität und Selbstreflexion von ForscherInnen.

*Viele Beiträge in den Gaismair-Jahrbüchern geben Themen, Initiativen und auch Personen eine Öffentlichkeit, die sonst wenig beachtet werden. Das hat auch mit dem Anspruch zu tun, in diesen Publikationen „volksbildnerisch“ tätig zu sein. Kann man davon reden, bei einer relativ niedrigen Auflage?*

Ich denke, es hängt nicht allein von der Auflage und der Verbreitung einer Publikation ab, ob sie gewisse Ansprüche erfüllt, auch wenn das ein wesentlicher Faktor ist. Es ist sicher eine kleine Öffentlichkeit, die erreicht wird, aber es ist in Zeiten wie diesen – zwischen Neokonservatismus und Neoliberalismus – auch notwendig, die kleinen „Biotop“ der kritischen Forschung und Praxis aufrechtzuerhalten; auch für uns selbst bzw. die kleine kritische Öffentlichkeit.

Die Gaismair-Jahrbücher – und es gibt ja noch eine Reihe von anderen Büchern, die in zwei weiteren Schriftenreihen herausgegeben werden – verfolgen mehrere Ziele: Zum einen geht es darum, bestimmten Gruppen und Initiativen Raum zum Sprechen zu geben. Zum anderen ist das Ziel, Wissenstransfer zu leisten, also Erkenntnisse der Forschung allgemeiner zugänglich zu machen und zur Diskussion zu stellen, sie aus dem kleinen Kreis des Wissenschafts- und Forschungsbetriebes herauszuholen und dabei „Übersetzungsarbeit“ zu leisten. Diesem Anspruch werden die Gaismair-Publikationen, würde ich sagen, durchaus gerecht. Aber natürlich ist es auch so, dass da viel Potenzial ungenutzt geblieben ist, obwohl wir oft an die Grenzen unserer Leistungsfähigkeit gegangen sind. Da hätte es mehr an Unterstützung und Ressourcen gebraucht, die einfach nicht da waren und sind. Bildungsarbeit wird extrem gering geschätzt und soll meist unter Selbstausschöpfungsbedingun-

gen geleistet werden, geht es etwa nach den Bildungsinstitutionen der politischen Parteien. Bezeichnenderweise wird gleichzeitig für inhaltsleere Beratungs- und PR-Arbeit das zig-fache an Geld ausgegeben als für Bildungsarbeit.

*Was hättest du dir diesbezüglich gewünscht?*

Für mich persönlich wäre der Anspruch der gewesen, nicht nur die Bücher zu publizieren, sondern auch Diskussionen dazu zu initiieren bzw. Diskussionsprozesse in Gang zu setzen – an vielen Orten. Das ist ein politischer Anspruch und der funktioniert nur im direkten Austausch. Wir hatten da sicher auch sehr interessante Diskussionen und Begegnungen, aber entsprechend den begrenzten Mitteln waren es verhältnismäßig wenige. Das ist ein Weg der Politisierung, der mit mühsamen Ebenen und kleinen Schritten einhergeht, der aber meines Erachtens als einziger sinnvoll und letztlich wirksam ist. Im Prinzip ist das ein ganz „altmodisches“ Konzept der Aufklärung. Bei diesem Wort werden sicher viele die Nase rümpfen, aber das ist egal. Der Feminismus und die Linke stehen in dieser Tradition und haben sich kritisch mit ihr auseinandergesetzt. Sie haben politisiert, dass in der Idee der Aufklärung Frauen, ArbeiterInnen oder „Fremde“ von staatsbürgerlichen und Menschenrechten ausgeschlossen wurden. Sie haben sich die Ideen angeeignet und sie erweitert, um sie zu verallgemeinern und mussten sich dabei immer wieder auch kritisch mit den selbst produzierten Ausschlüssen und blinden Flecken auseinandersetzen. Das ist der Weg, kritische Forschung mit politischer Praxis zu verbinden. Mir gefällt, wie Antonio Gramsci die Verbindung von Bildung und Politik einmal – ungefähr so und etwas abgewandelt – formuliert hat: „Bilden wir uns, denn wir brauchen all unsere Klugheit, bewegen wir uns, denn wir brauchen all unsere Begeisterung, organisieren wir uns, denn wir brauchen unsere ganze Kraft“. Ohne politische Bildung und ohne Austausch mit kritischen ForscherInnen verfängt sich die Politik der Linken in einer Eventkultur und Inhaltsleere und wird leidenschafts- und kraftlos, ebenso wie eine von der politischen Praxis abgeschnittene kritische Forschung. Auch läuft eine feministische Bewegung oder „Szene“ ohne Selbstüberprüfung der eigenen Positionen und ohne kritische Auseinandersetzung Gefahr, in den Praxen vergangener Jahrzehnte hängenzubleiben und – natürlich auch aus anderen Gründen – ghettoisiert zu werden. Gleichzeitig flacht staatliche Frauenpolitik inhaltlich ab, zieht sich auf Beteiligung im Gegebenen zurück, wie die Forderung nach Quoten für Aufsichts- oder Uniräte. Nicht dass das nicht gerechtfertigt wäre, aber es ist eine Elitenpolitik und ein bisschen wenig. Immerhin haben wir mal über Strukturen nachgedacht und wie wir sie verändern und nicht nur darüber, wie wir uns daran beteiligen können. Sonst kratzen wir nur an der Oberfläche der fundamentalen Strukturen der Ungleichheit.

Was es braucht ist also wohl gegenseitige Anerkennung, ein Aufgeben der verbreiteten Bildungs- und Intellektuellenfeindlichkeit auf der einen Seite und positionierte Einmischung auf der anderen Seite, um einen ernsthaften Dialog über zentrale Fragen der gesellschaftlichen Entwicklung zu führen.

*Aus deinem Befund über die WissenschaftlerInnen, die sich heute immer weniger kritisch äußern, drängt sich die Frage zu deinem eigenen wissenschaftlichen Arbeiten auf. Wie würdest du deine persönlichen Leitlinien definieren?*

Meine persönlichen Leitlinien ergeben sich daraus, dass ich als Linke und als Feministin forsche. Das heißt, für mich als Sozialwissenschaftlerin muss Forschung gesellschaftspolitische Relevanz haben und „sagen, was ist“, jenseits von Trends und Moden, die es in der Wissenschaft natürlich gibt. Das ist damit verbunden, das „große Ganze“, die gesellschaftlichen Verhältnisse, die von Klassenspaltung, Sexismus und Rassismus durchzogen sind, im Blick zu behalten und die Verwobenheit von ökonomischen und kulturellen Ungleichheiten und Diskriminierungen aufzuzeigen.

Das große Ganze ist ja auch immer im Kleinen enthalten, deshalb geht es auch darum zu versuchen, auf die Verhältnisse vor Ort einzuwirken. Sagen was ist, heißt auch sich gegen eine Zerstörung und Verdrehung von Sinn und Sprache zu wenden, die dazu dient herrschaftliche Verhältnisse zu verschleiern. Um ein altbekanntes Beispiel zu nennen: Eine mangelhafte Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben bzw. Familie klingt sehr abstrakt und neutral. Tatsächlich heißt das aber, dass bewusst in Kauf genommen wird, dass vor allem gering qualifizierte Frauen zu einem großen Teil keiner existenzsichernden Arbeit nachgehen können, dass ein massenhafter Markt für billige, weibliche Teilzeit-Arbeitskräfte hergestellt wird, dass viele Frauen in Abhängigkeit von einem Mann oder in Armut leben müssen. Das heißt auch, dass über eine gerechte Verteilung von Reproduktions- und Erwerbsarbeit nicht mehr nachgedacht wird, dass es inzwischen offenbar politisch bedeutungslos geworden ist, ob Frauen autonom leben können und wie sich ihr Privat- und Familienleben gestaltet.

*Warum „nicht mehr“? Eine gute Vereinbarkeit von Beruf und Familie hat es für Frauen doch noch nie gegeben?*

Gegeben hat es sie nicht im Sinn von weitreichenden Maßnahmen, aber es gab den Diskurs, der das gefordert hat – angestoßen durch die Frauenbewegung und weitergetrieben durch staatliche Frauenpolitik. Das hat in den 1990er-Jahren sogar auf EU-Ebene Eingang gefunden, und schon früher in die nationale Politik. Die Frauenpolitik der 1980er- und 1990er-Jahre hat noch sehr deutlich formuliert, dass Reproduktionsarbeit stärker vergesellschaftet werden muss und dass Männer sich im gleichen Ausmaß daran beteiligen müssen, weil das ein wesentlicher „Knackpunkt“ geschlechtsspezifischer sozialer Ungleichheit ist. Die Verteilung der Reproduktionsarbeit hat sich ja bis heute kaum verändert. In den Mittel- und Oberschichten ist inzwischen allerdings eine neue Dimension dazu gekommen – Stichwort: migrantische „DienstbotInnen“.

Dass die Politik darüber nicht mehr ernsthaft nachdenkt, heißt letztlich natürlich auch, dass die Existenzbedingungen eines sehr großen Teils der Bevölkerung politisch nicht mehr interessieren. Die Ideale der Freiheit, Gleichheit und Gerech-

tigkeit werden ökonomischen Interessen geopfert – und zuallererst ist es immer die Freiheit der Frauen, die geopfert wird.

Mein Anspruch an kritische Forschung und meine eigene Forschung ist es, Macht- und Herrschaftsverhältnisse konkret zu benennen und so für Menschen erfahrbar und nachvollziehbar zu machen. Nur so kann man die großen Strukturen mit dem eigenen Leben in Verbindung bringen und sie darin erkennen – das ist die Initialzündung für Politisierung und Veränderung.

*Dein Forschungsinteresse liegt schon seit geraumer Zeit beim Thema Arbeit und Beschäftigung, und damit zusammenhängend bei Mechanismen sozialer Ungleichheit. Welche Kraft hat die Wissenschaft in diesem Zusammenhang? Wo siehst du hier deinen Wirkungsspielraum?*

Ich gehe davon aus, dass das „Zeitalter der Betriebswirtschaft“ vorbei ist und dafür das „Zeitalter der Sozialwissenschaften“ anbricht, oder sagen wir, ich hoffe es. Denn Erklärungskraft in Bezug auf gesellschaftliche Probleme liegt in den Wissenschaften, die sich mit der Gesellschaft und mit gesellschaftlichen Strukturen auseinandersetzen. Wohin uns neoliberale Politik und die Ökonomisierung bzw. „Verbetriebswirtschaftlichung“ aller Bereiche des Lebens und der Gesellschaft geführt haben, liegt ja heute offen zutage, allerdings werden – noch – keine Konsequenzen daraus gezogen. Während die südlichen Länder Europas zusammenbrechen, tun alle so, als ob uns das nicht betreffen würde.

*Nun, es werden ja sehr wohl Maßnahmen diskutiert und beschlossen, die als Konsequenzen verkauft werden, nur beinhalten die keinen Richtungswechsel sondern setzen zum Beispiel weiterhin darauf, Sozialleistungen zu kürzen. Das Gebot des „Sparen-Müssens“ scheint über allem zu stehen, und der Bevölkerung wird erklärt, sie habe über ihre Verhältnisse gelebt.*

Ja, die Rezepte, die nun schon seit geraumer Zeit gescheitert sind und immer wieder scheitern, sind die altbekannten. Mit neoliberalen Politikkonzepten hat sich weder die Massenarbeitslosigkeit reduziert, noch sind die Staatshaushalte konsolidiert oder ist die Konjunktur angekurbelt worden. Wir haben ein massives Umverteilungsproblem, das aber nicht mehr politisch artikuliert wird. Wenn es um Arbeitslosigkeit geht, dann wird von mangelnder Qualifizierung oder Arbeitswilligkeit gesprochen, nicht von Arbeitszeitverkürzung mit Lohnausgleich. Lohndiskriminierung von Frauen ist dann ein Problem der falschen Berufswahl und nicht mehr eine Frage der Umverteilung der unbezahlten Arbeit und der sexistischen Bewertung von Arbeit. Mit dieser Individualisierung sozialer Probleme enthebt sich die Politik der Aufgabe von Gestaltung und Maßnahmen gegen strukturelle Ungleichheitslagen und Diskriminierungen. Es liegt quasi an uns selbst das Richtige zu tun, um nicht diskriminiert zu werden, arbeitslos oder arm zu sein. Darin liegt natürlich ein unglaublicher Zynismus, aber auch ein Aufgeben von Zukunftsgestaltung

durch die Politik und ein Desinteresse an den Lebensbedingungen und -chancen großer Teile der Bevölkerung. Gerade – wenn auch nicht nur – angesichts diverser Korruptionsskandale erzeugt das mit der Zeit natürlich auch Legitimitätsprobleme für die Politik. Wer soll noch glauben, dass die Mittel etwa für sinnvolle Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik oder Sozialpolitik nicht vorhanden wären?

Deshalb liegt meines Erachtens das zentrale gesellschaftliche Problem in der Organisation von Arbeit und Beschäftigung, und deshalb ist das auch der wesentliche, wenn auch nicht der einzige Schwerpunkt meiner Arbeit als Wissenschaftlerin. Die Möglichkeiten, die WissenschaftlerInnen haben, liegen meines Erachtens darin Analysen zu bieten, Wissenstransfer zu leisten und sich einzumischen. Das ist immer eine Gratwanderung zwischen Wissenschaft und Politik, die mitunter schwierig, manchmal auch überfordernd, aber notwendig ist. Schwierig ist das heute aber vor allem auch deshalb, weil es – wie gesagt – immer weniger WissenschaftlerInnen tun. Offenbar müssen wir heute wieder die alten Diskussionen über die Neutralität bzw. Objektivität der Wissenschaft führen – die vor allem bei kritischen, linken und feministischen WissenschaftlerInnen angezweifelt wird. Die Objektivität jener, die im konservativen und neoliberalen Mainstream mitschwimmen, wird ja kaum in Zweifel gezogen. Die Rede von der Objektivität ist in diesem Sinn eine „Waffe“ gegen kritische Forschung, wir wissen ja, dass es Neutralität in der Forschung gar nicht geben kann, weil wir immer von einer bestimmten Position aus sprechen. Man muss wohl sagen, dass der Wirkungsspielraum ein kleiner ist. Aber das ist kein Grund aufzuhören, im Gegenteil: Angesichts eines andauernden gesellschaftlichen Rechtsrucks und diverser Spaltungspolitiken, die allesamt dazu angetan sind, tieferliegende Probleme zu verdecken, ist es wichtig sich damit auseinanderzusetzen.

*An welche Spaltungsdebatten denkst du?*

Ich meine damit rassistische Diskurse, Debatten über sogenannte „Sozialschmarotzer“ oder um das Verhältnis der Generationen, bis hin zu den neuen Männer- und Väterrechtlern. Medien stürzen sich – im Sinn der Skandalisierung – mit Begeisterung auf diese Spaltungsdiskurse und verstärken sie damit. Wenn etwa in sogenannten Qualitätsmedien in tabubrecherischer Manier die Einkommensdiskriminierung als „feministische Lüge“, die einem feministischen „Opfermythos“ geschuldet sei bezeichnet wird oder die feministische Politisierung von Gewalt gegen Frauen zur „feministischen Kriegshetze“ umgedeutet wird, dann zeigt das, dass Gewaltverhältnisse und soziale Ungleichheit banalisiert werden. Positionen des rechten Randes und rechtspopulistische Diskursstrategien, wie Verkürzung und Entkontextualisierung, rücken zunehmend in die Mitte der Gesellschaft vor. Es zeigt aber auch, dass sich bestimmte Medien immer weniger den Standards eines qualitativ vollen Journalismus verpflichtet fühlen – und letztlich, dass sie ihre demokratische Verantwortung vergessen.

*Nach zwölf Jahren steigst du aus der Gaismair-Gesellschaft aus. Warum jetzt und was wünschst du der Gaismair-Gesellschaft für ihre weitere Arbeit?*

Zwölf Jahre sind eine lange Zeit und irgendwann ist es Zeit, etwas anderes zu machen, Platz zu machen für eine nächste Generation. Man bewegt sich ja immer auch in bestimmten Themenfeldern und neue Leute bringen neue Themen ein. Natürlich ist es mir nicht leicht gefallen, ein Projekt aufzugeben, das ich wichtig finde. Es sind ja immer wenige, die da arbeiten und insofern ist ein Ausstieg schwierig, aber in der Regel überschätzt man auch die Folgen eines solchen Schrittes – und damit auch ein wenig sich selbst. Schließlich kommt dann doch immer jemand nach.

Das Engagement in diesen Kontexten, in denen man ehrenamtlich arbeitet, ist für mich immer auch ein Balanceakt zwischen einem Sich-Verpflichtet-Fühlen und Leidenschaft. Wenn das Verhältnis aus dem Gleichgewicht gerät, muss man gehen. Darunter leidet dann ja nicht nur die Arbeit, sondern auch man selbst. Im Lauf der Jahre hat sich auch verändert, wo ich meine eigenen – begrenzten – Kräfte einsetzen möchte. Irgendwann muss man eben zur Kenntnis nehmen, dass nicht alles möglich ist. Nach zwölf Jahren bin ich etwas müde und es werden ja nicht weniger, sondern tendenziell mehr Bereiche und Projekte, in denen ich mich engagiere. Ich möchte in Zukunft konzentrierter an meinen Themenbereichen arbeiten.

Was ich der Gaismair-Gesellschaft wünsche ist nicht einfach zu sagen, weil sich die Verhältnisse ja nicht gravierend verändern werden. In dem Sinn geht es wohl um Durchhaltevermögen und Ausdauer. Und was alle verdienen, die sich als kritische ForscherInnen und politische AktivistInnen engagieren: mehr Anerkennung – nicht nur in Form von Schulterklopfen, sondern auch in Form von Ressourcen und Geld, damit diese wichtige Arbeit nicht immer unter Bedingungen der Selbstaussbeutung geleistet werden muss, damit mehr Menschen erreicht und damit wichtige Diskussionsprozesse in Gang gesetzt werden können. Und in diesem Sinn bleibt auch eine Verbindung aufrecht, weil wir ja denselben Zielen verpflichtet bleiben.

*Danke für das Gespräch.*